

TA „Suhl-Nord hat keine Zukunft“

Keine Alternative: Plattenbaugbiet verschwindet bis 2025 / Privatwohnungen am Rande bleiben



DER AUSZUG HAT LÄNGST BEGONNEN: Immer mehr Mieter verlassen das Neubaugebiet Suhl-Nord, um sich eine neue Wohnung in anderen Stadtteilen zu suchen. Dabei werden sie im Vorfeld von Sozialarbeitern und speziell eingerichteten Beratungsstellen betreut. Foto: M. Kneise

Große Aufregung: Die Nachricht vom Abriss des Neubaugebietes Suhl-Nord hat in ganz Thüringen für Gesprächsstoff gesorgt. Gestern bekräftigte Oberbürgermeister Triebel noch einmal: „Langfristig hat das Plattenbaugbiet keine Zukunft als Wohngebiet.“

Von Frank Buhlemann
und Dietmar Grosser

SUHL/ERFURT.

Der Plan für den Abriss steht. Suhls Oberbürgermeister Jens Triebel (parteilos) hat dabei ein Problem: Er ist der Überbringer einer Botschaft, die bei vielen Menschen Frust erzeugt. Weil: Sie müssen – oft hochbetagt – umziehen, sich eine neue Bleibe suchen und die Nachbarn verlassen. Vor allem deshalb

tat sich die Kommunalpolitik schwer, den Einwohnern von Suhl-Nord die Wahrheit in ihrer vollen Dimension zu offenbaren. Aus Angst, als Politiker dafür abgestraft zu werden.

Thüringens Bauminister Christian Carius (CDU) allerdings ist – auch, weil etwas weiter weg – da von anderer Art. „Der Abriss von Suhl-Nord ist in Deutschland in seiner Art einmalig, weil es sich um ein komplettes Neubaugebiet handelt.“ Dies sagte der Minister in seiner jung-geradlinigen Art vor Mitgliedern des Industrieclubs Thüringen, als es um Demografie ging.

Denn Überalterung und mangelnder Nachzug jüngerer sind wichtige Ursachen für den dramatischen Mieterschwund in Suhl-Nord. Also räumt Oberbürgermeister Jens Triebel ein: „Suhl-Nord hat keine Zukunft.

Der Mantel ist zu groß für Suhls Leib, ein Stück muss eben abgeschnitten werden.“ Alle sind sich einig: Dieser Prozess des Abrisses und des Wegzugs der Mieter wird ein längerfristiger sein. Im städtischen Entwicklungskonzept heißt es dazu: „Das Szenario geht davon aus, dass bis 2025 in Suhl-Nord der nahezu vollständige Wohnungsrückbau durchgeführt wurde und das Areal als Gewerbegebiet genutzt wird.“

Ein großes Problem stelle hierbei das längerfristige Engagement der wenigen privaten Wohnungsvermieter und der Besitzer von Eigentumswohnungen dar. Mit anderen Worten: Am Rande des Neubaugebietes Suhl-Nord wurden rund 530 Privatwohnungen errichtet oder aus Altbeständen gekauft. Diese sind von den aktuellen Abrissplänen nicht betroffen

(TA berichtete). Dem gegenüber aber steht ein Plattenbaugbiet mit knapp 3000 Wohnungen, das es bis 2025 nicht mehr gibt. Denn bis dahin wollen die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft und die AWG 1433 bzw. 1329 ihrer Quartiere in Suhl-Nord abgerissen haben. „Wir stehen dabei mit dem Land vor einer völlig neuen Aufgabe. Der Abriss gelingt nur mit Fördergeldern“, so Triebel weiter. Wirtschafts-, Bau- und Agrarministerium müssten an einem Strang ziehen, sonst blieben die leeren Plattenbauten als Ruinen stehen, Gewerbe würde sich nicht ansiedeln. Neben dem Abriss plädiert Triebel also für eine Umnutzung von Arzthäusern oder Einkaufszentren als Laborbetriebe oder Fabriken. Die Umnutzung des voll erschlossenen Gebietes für Gewerbe sei bisher in Deutsch-

land in diesem Umfang einmalig, so der Stadtfchef weiter. Vie wird diskutiert: „Wir wollen den Schaden für die Umwelt so klein wie möglich, den Flächenverbrauch gering halten und deshalb nicht auf der grünen Wiese, sondern im bestmöglichen Gebiet Suhl-Nord Firmen ansiedeln“, erwartet Triebel „viel Arbeit für Investoren, Werber und Städteplaner“.

Ein großes Problem sieht es allerdings in der Differenz des Bodenpreises für Wohnland und Gewerbeland. Die beiden Sühler Wohnungsgesellschaften müssten für die Verluste bei der Umnutzung entschädigt werden, sonst würden die Unternehmen in die Insolvenz getrieben. An eine Frage wagte sich noch kein Kommunalpolitiker: Was wird aus den Restwohnungen, wenn das Gewerbegebiet einmal brummt?

Wettbewerb um kluge Köpfe wird verschärft ausgetragen

Bauminister Carius: Serviceagentur berät zum Thema demografischer Wandel

Weimar. „Der demografische Wandel wird vielfach als tickende Zeitbombe stigmatisiert.“ Christian Carius, Thüringens Bauminister, auch zuständig für die Landesplanung, kennt diese Vorurteile zur Genüge. Selbstverständlich verkennt er auch nicht die Probleme, die die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung mit sich bringen. Diese Herausforderung betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens; sagte er gestern Abend vor den Mitgliedern des Industrieclubs Thüringen in Weimar. Auch die Wirtschaft bilde da keine Ausnahme. Gleichzeitig gelte es aber, die Chancen der Demografie verstärkt in den Blick zu nehmen, sagte er. Nur so könnte man Potenziale steigern und Risiken minimieren.

■ Kampf um Fachkräfte

„Diese Zukunftsvision“, so Carius weiter, „beinhaltet auch, dass die Zeiten der überfüllten Klassenzimmer und Hörsäle, des Lehrstellen- oder Wohnungsmangels schon bald in ganz Deutschland der Vergangenheit angehören. Der Wettbewerb um kluge Köpfe wird verstärkt Ökonomie und Regionen prägen.“ Der Kampf um die besten Fachkräfte hat schon begonnen und wird sich weiter verschärfen. Allein im Frei-

staat Thüringen müssen zum Beispiel bis 2020 rund 180 000 Fachkräftestellen neu besetzt werden.

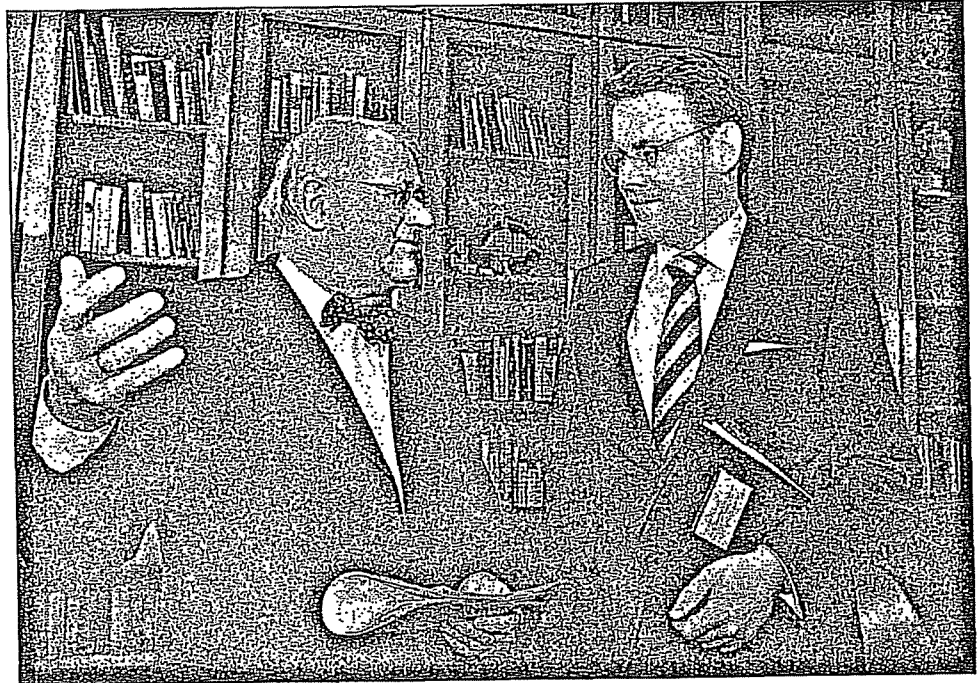
Auch Wissenschaft und Forschung seien im demografischen Fokus, bekräftigte der Minister. Es gelte, jetzt ein enges Netzwerk zwischen Politik, Hochschulen und Wirtschaft zu knüpfen. Die Thüringer Unternehmen seien flexibel und innovativ genug,

um diesen Prozess mit voranzutreiben. Das dokumentiere beeindruckend die aktuelle Aufschwungbilanz: Knapp

25,5 Milliarden Euro setzten die Industrie-Unternehmen im vergangenen Jahr um. Das sei eine Steigerung um rund 15 Prozent gegenüber dem Jahr 2009. Auch die Zahl der Beschäftigten stieg 2010 um etwa 4500 auf 129 000. Carius: „Nicht umsonst haben

wir die höchste Anzahl an Industriebetrieben und die niedrigste Arbeitslosenquote unter den neuen Ländern.“

Carius kündigte an, dass er Mitte März eine Serviceagentur Demografischer Wandel etablieren werde. Sie solle als Dienstleister für kommunale Entscheidungsträger und als Partner für Wirtschaft, Sport und Kultur fungieren.



Die demografische Entwicklung hat Risiken, aber auch Chancen: Bauminister Christian Carius (CDU, r.) im Gespräch mit dem Vizepräsidenten und Mitbegründer des Industrieclubs Thüringen Ewald Hempel.
Foto: Peter Michaelis